

Erklärung der Initiatoren vom 01.06.2012

Mit angeblich juristisch stichhaltigen Argumenten versucht der CDU-Stadtverordnete Georg Fenninger, die laufende Unterschriftensammlung der Bürgerinitiative Bahnhofsvorplatz als unzulässig zu diskreditieren. Der Text des Begehrens wurde jedoch sorgfältig erstellt und von erfahrenen Fachanwälten für gut befunden. Es ist ein Armutszeugnis für die Stadt Bonn, dass sie nicht schon längst die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes energisch in eigene Regie übernommen hat. So gibt es keinen verbindlichen Masterplan für dieses wichtige Areal und ein kontinuierlich arbeitender Gestaltungsbeirat fehlt. Das jetzige Motto der Koalition von CDU und Grünen lautet offenbar: Besser, es geschieht etwas, als es geschieht nichts. Das bedeutet praktisch: Augen zu und durch. Wider besseres Wissen riskiert man einen neuen Klotz anstelle des alten, der eine tragfähige Gesamtlösung verhindern und die Meinung der Bürger missachten würde. Schade um unsere Stadt, die an ihren unerledigten und misslungenen Baustellen zu ersticken droht. Lassen wir die Bürger/Innen entscheiden, ob sie die jetzt angestrebte Scheinlösung gut heißen.

Für die Bürgerinitiative Bahnhofsvorplatz
Georges Hoitz, Heinz Schott (Stand 01.06.2012)